

# S Charlottenburg Wilmerdorf Sozialdemokrat

Herausgegeben vom Kreisvorstand der SPD Charlottenburg-Wilmerdorf

---

52. JAHRGANG · MÄRZ/APRIL 2016

---

*Liebe Genossinnen und Genossen,*

die Europäische Union stand und steht vor besonderen Herausforderungen. Mit dem aktuellen Streit um den Umgang mit Flüchtlingsströmen, über Sonderregelungen für einzelne Mitgliedsstaaten zu Lasten der Gemeinschaft und auch den nach wie vor nicht grundsätzlich gelösten Finanzhilfen für einzelne Mitgliedsstaaten hat sich eine gefährliche Situation aufgebaut, die in der Öffentlichkeit schon zu Spekulationen über ein Scheitern und Auseinanderbrechen der EU führt. Gerade uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kann dies nicht gleichgültig sein.

Die europäische Idee wurde besonders befördert durch die Erfahrung der beiden Weltkriege, die Höhepunkte der jahrhundertlang gewaltsam ausgetragenen regionalen Konflikte in Europa waren. Mit der Einigung Europas unter einem gemeinsamen Dach mit gemeinsamen Institutionen und einer gemeinsamen Identität sollten alte Erbfeindschaften überwunden und ein neues Zeitalter des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa eingeleitet werden. Die Entwicklung der Europäischen Union ist in diesem Sinne auch eine Erfolgsgeschichte, im Zusammenwirken mit anderen europäischen und zwischenstaatlichen Institutionen. Auch die Einbindung der mittelosteuropäischen Länder nach Ende der geostrategischen Aufteilung des Kontinents hat einen wichtigen Beitrag für Frieden und wirtschaftliche Entwicklung geleistet.

Die Europäische Union hat allerdings Schwächen, die auch durch die verschiedenen Vertragsänderungen nicht grundsätzlich geheilt werden konnten und in der aktuellen Situation Lösungsfindungen deutlich erschweren. Das ist zum einen die starke Ausrichtung auf Freihandel und Wettbewerb und die mangelnde Berücksichtigung sozialer Kriterien und einer europaweiten Sozialpolitik. Zum Zweiten das Fehlen einer gemeinsamen Finanzpolitik, die auch einen geordneten, gemeinschaftlich kontrollierten Finanzausgleich zur perspektivischen Sicherung vergleichbarer Lebensverhältnisse in der EU und bis dahin übergangsweise eine Annäherung zu erreichen. Zum Dritten entscheidungsfähige Gemeinschaftsinstitutionen, die auf Grundlage der gemeinsamen Ziele der EU auch verbindliche Beschlüsse zur Bewältigung gemeinsamer Aufgaben fassen und umsetzen können.

Die aktuelle Neigung von immer mehr Staaten, die EU als losen Zusammenschluss zu betrachten, der vor allem Vorteile, aber keine Verpflichtungen mit sich bringt, ist keine geeignete Grundlage für eine stabile und handlungsfähige Union. Die Opt-out-Forderungen von britischer Seite formulieren dies offen, andere praktizieren aber dasselbe ohne konkrete Aussage. Eine Gemeinschaft kann aber dauerhaft nicht funktionieren, wenn immer mehr Mitglieder dies nur als Einbahnstraße für ihre Interessenswahrnehmung sehen.

Auch in Deutschland müssen wir unser Verhältnis zur EU auf eine neue und bewusste Grundlage stellen. Ohne die EU, auch als Rahmen für die deutsch-französische Verständigung, hätte unser Land niemals die positive internationale Wertschätzung erreicht, die wir heute feststellen können. Auch die gute wirtschaftliche Entwicklung ist stark vom europäischen Rahmen geprägt. Deshalb müssen gerade wir ein Interesse an einer stabilen und handlungsfähigen EU haben und dafür kämpfen. Die oft vorhandene Neigung, auf die EU als Urheberin unpopulärer Vorschriften zu verweisen oder über die hohen Kosten zu lamentieren, ohne den Nutzen auch in gleicher Weise zu berücksichtigen, verstärkt Europamüdigkeit auch in Deutschland.